



WIRTSCHAFTSPOLITIK

Kurt W. Rothschild, Alternative Konzepte der Wirtschaftspolitik.

In: Informationen zur Politischen Bildung, Band 33, 2010.

Politik und Wirtschaftspolitik

„Die Wirtschaft“ ist schwer durchschaubar ...?

– daher weniger kritisierbar ...?

„Wirtschaftspolitik sollte man Experten überlassen“ ...?

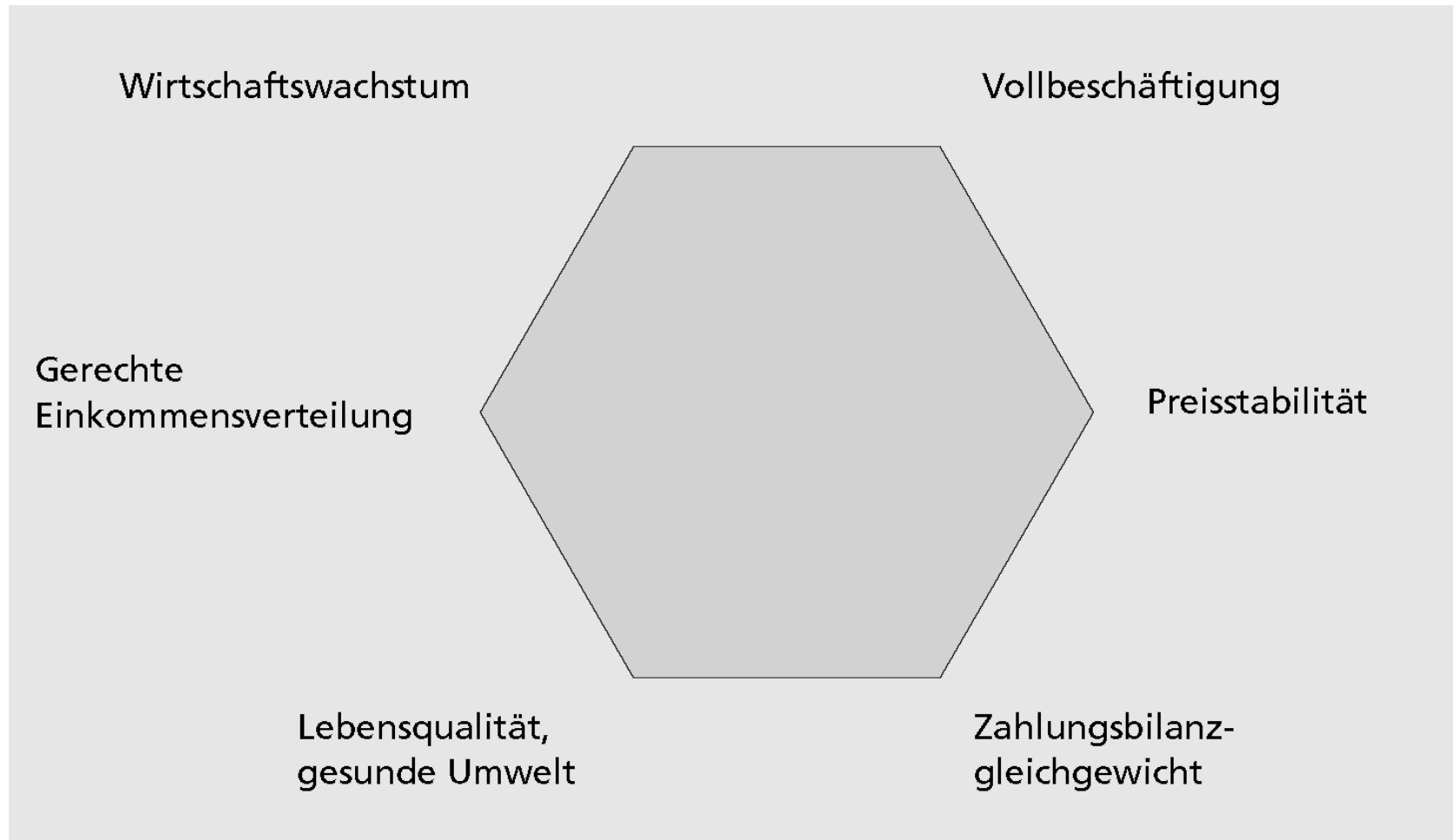
„‘Die Wirtschaft‘ besteht aus Menschen und Gruppen mit verschiedenen Meinungen, Ideen, Zielsetzungen und Wünschen, und aus deren Zusammenwirken und Konflikten entwickelt sich eine bestimmte konsensfähige Wirtschaftspolitik, die aus mehreren alternativen Möglichkeiten gewählt werden kann. Eine schlechthin ‚richtige‘, sachlich ‘(wirtschaftlich’) objektiv bestimmbare Wirtschaftspolitik gibt es nicht (auch wenn dies manchmal interessenbedingt behauptet wird). So gut wie jede Wirtschaftspolitik bzw. jede wirtschaftspolitische Veränderung erzeugt Gewinner und Verlierer, berührt individuelle und Gruppeninteressen in verschiedener Weise. Die Akzeptanz einer bestimmten wirtschaftspolitischen Strategie ist somit immer auch ein durch Motive, Macht und Interessen beeinflusster politischer Prozess.“

Quellen wirtschaftspolitischer Meinungsverschiedenheiten

„Auf der einen Seite gibt es unterschiedliche Ansichten über die Ziele, welche durch die Wirtschaftspolitik erreicht werden sollen. Das ist der politische Aspekt des Problems. Je nach politischer Einstellung, ökonomischen Interessen und sonstigen Motiven können sich hier verschiedene Vorstellungen und Konflikte ergeben.“

„Auf der anderen Seite geht es um die Frage der Methoden und Instrumente, mit denen vorgegebene Ziele möglichst optimal (wenn überhaupt) erreicht werden können. Das ist der „wissenschaftliche“ (theoretische) Aspekt des Problems. Und da es angesichts der Komplexität des gesamtwirtschaftlichen Zusammenhangs kein einheitliches und umfassendes theoretisches Konzept dieses Zusammenhangs gibt, sondern mehrere Konzepte nebeneinander bestehen, die sich gegenseitig überlappen, aber zum Teil auch widersprechen, ergeben sich auch aus dieser Quelle konkurrierende Ansichten bei der Suche nach einem ‚richtigen‘ Wirtschaftskonzept.“

Wirtschaftspolitische Ziele „Magisches Vieleck“



Verschiedene Ziele – verschiedene Maßnahmen

Probleme durch die Vielzahl der Ziele

- verschiedene Ziele erfordern verschiedene Maßnahmen
- Kombination von „Politiken“ und Instrumenten („**Policy Mix**“)
- der Entwurf eines wirtschaftspolitischen Konzepts ist daher eine komplizierte Aufgabe

Abhängigkeit von Verfolgen und Erreichen verschiedener Ziele

- die Förderung eines Ziels kann die Erreichung anderer Ziele positiv oder negativ beeinflussen
- Problematik bei negativer Beeinflussung
 - z.B. Konflikt zwischen dem Beschäftigungs- und dem Preisstabilitätsziel

Zielprioritäten und wirtschaftspolitische Konzepte

- Notwendigkeit einer „**Gewichtung**“ der Ziele
- Folge: „**Trade-Off**“ zwischen verschiedenen Zielen
- **Spektrum alternativer wirtschaftspolitischer Konzepte**
 - Zieldifferenzen (Werturteile)
 - Differenzen, die auf unterschiedliche theoretischen Ansichten beruhen (unterschiedliche Erklärungsansätze ökonomischer Theorien)

Nach 1945
1980er-Jahre

Fokus auf Beschäftigung
Fokus auf Preisstabilität (Thatcher, Reagan)

Wirtschaftspolitische Alternativen

Zwei „grobe“ Gruppen

(1) „Neoklassische“ oder Gleichgewichtstheorien

- „freie Marktwirtschaft“
- liberale (neoklassische) Wirtschaftspolitik

(2) Interventionistische oder „keynesianische“ Konzepte

- nicht gleichgewichtsorientierte Konzepte

„Der Hauptunterschied zwischen diesen beiden Theoriegruppen besteht in ihrer Beurteilung der Wirkungen und der Effizienz eines „freien“ privatwirtschaftlichen Marktprozesses.“

Die Neoklassische Theorie

Sie beruht auf den Ideen von **Adam Smith** (1723-90).



- **Gleichgewicht auf Märkten** mit ...
 - möglichst vollkommener Konkurrenz
 - flexiblen Preisen und Löhnen
 - hoher (beruflicher und regionaler) Mobilität von Arbeit und Kapital
 - hohem Informationsgrad
- **Ausgleich von Angebot und Nachfrage** auf allen **Märkten**
- **Konkurrenz** sorgt für hohe Effizienz der Produktion

„Aufgabe des Staates ist es nach Smith, die Rahmenbedingungen für einen ungestörten Marktprozess zu schaffen. Störungen des Marktprozesses durch Monopole, Gewerkschaften und v.a. durch staatliche Eingriffe führen zu Verschlechterungen.“

Der Keynesianismus

Der Keynesianismus geht zurück auf die Theorien des Ökonomen **John Maynard Keynes** (1883-1946).



- hebt die **Störungsanfälligkeit des Marktes** hervor
- Verweis auf **Theorien mit realistischeren Annahmen** als auf jene ...
 - voller Konkurrenz
 - hoher Mobilität und
 - hohem Informationsgrad

„Probleme des Staatsversagens werden nicht unbedingt geleugnet, werden jedoch nicht als unüberbrückbar angesehen. Hingegen werden Eingriffe des Staates mit Mitteln der Geld-, Fiskal- und Arbeitsmarktpolitik als notwendig erachtet, um einem „Marktversagen“ entgegenzuwirken, das neben dem Auftreten von Konjunkturrückschlägen und chronischer Arbeitslosigkeit auch darin zum Ausdruck kommt, dass der unregulierte Marktprozess keine Rücksicht auf ökologische Verteilungsziele nimmt oder ihre Erreichung sogar erschwert.“

Wirtschaftspolitik im Zusammenspiel von Zielen, Instrumenten und Interessen

Die beiden Konzepte kommen in der Realität nie in Reinkultur vor!

- **stets Mischungen von Elementen beider Konzepte ...**
 - Regulierungen
 - Deregulierungen
- **interessenbedingte Ziel- und Strategiewünsche**
 - **Gruppen mit starker Marktstellung** neigen zu einer **liberalen Wirtschaftspolitik**
 - z.B. große Unternehmungen
 - **Gruppen mit schwächerer Marktstellung** neigen zu einer eher **interventionistischen Wirtschaftspolitik**
 - z.B. Gewerkschaften

„Wirtschaftspolitik ist das Ergebnis des Zusammenspiels politischer und ökonomischer Interessen, Machtpositionen und Konflikte, wechselnder ökonomischer Ausgangspositionen und mehrdeutiger wissenschaftlicher Ansätze und Interpretationen.“

	Neoliberales Modell	Keynesianisches Modell
Angebot und Nachfrage	Der Staat ist nur für die Rahmenbedingungen sicheren Wirtschaftens verantwortlich. Jedes Angebot schafft sich seine Nachfrage. Solange die Preise genug sinken, kann man alles verkaufen.	Für genügend Einkommen muss gesorgt werden, die Bevölkerung soll nicht zu viel sparen und zu wenig ausgeben. Eine Nachfragerücke entsteht, wenn UnternehmerInnen zu wenig investieren oder KonsumentInnen zu wenige Konsumgüter kaufen. Diese soll der Staat ausfüllen.
Beschäftigungspolitik	Solange die Löhne flexibel sind, tritt keine Arbeitslosigkeit auf. Stabile Erwartungen setzen eine niedrige und stabile Inflationsrate voraus. sowie das Wirtschaftswachstum gefördert. Arbeitslosigkeit entsteht nur dann, wenn ... – ... Menschen nicht arbeiten wollen – ... die Löhne zu hoch sind Maßnahmen: – Löhne senken – erswerter Zugang zu sozialen Transfers	Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist die Hauptaufgabe. Ursachen für Arbeitslosigkeit: – zu wenige Investitionen – zu geringer Konsum Maßnahmen: – attraktive Rahmenbedingungen für Investitionen schaffen – die Bevölkerung muss genug verdienen – der Staat muss die Nachfragerücke ausfüllen
Staatsschulden	Staatsschuld muss zurückbezahlt werden! Maßnahme: Steuererhöhungen Reaktion der Bevölkerung: Schon jetzt sparen, um zukünftige Steuern bezahlen zu können.	Staatsschulden sind wirtschaftspolitisches Mittel, werden darum nicht abgebaut, sondern antizyklisch eingesetzt („deficit spending“). Neue Schulden, um alte zurückzubezahlen.
negative Einflussfaktoren auf den Wirtschaftszyklus	Staats- und Gewerkschaftseingriffe	Existenz der Börse und Spekulation, weil sie vom wahren Unternehmertum abhält.
Zeithorizont des ökonomischen Handelns	Argumentation auf langfristiger Basis: „Vielleicht stimuliert das Budget die Wirtschaft kurzfristig, aber langfristig wirkt es nur inflationär!“	Setzt auf kurzfristige Maßnahmen. „Es ist schwieriger, Arbeitslosigkeit abzubauen, sobald man sie einmal ansteigen lässt, anstatt sie von Anfang an zu verhindern.“

Zusammenfassung

Möglichkeiten der Wirtschaftspolitik

Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik	Nationaler Handlungsspielraum
Arbeits- und Sozialpolitik	großer nationaler Handlungsspielraum – ausreichendes Arbeitslosengeld – Toleranz gegenüber prekären Arbeitsverhältnissen – ein Heim für Obdachlose – erschwingliche Kindergartenplätze – Versorgung alter Menschen
Geldpolitik	kein nationaler Handlungsspielraum – gemeinsame europäische Währung, – Entscheidungen werden von der EZB getroffen
Budget- und Steuerpolitik	begrenzte nationale Handlungsspielräume – Ausgabenkürzungen und Einnahmensteigerungen
Bildungspolitik	nach wie vor nationale politische Einflussmöglichkeiten – nationales Bildungssystem – Ausbau von Bildungseinrichtungen